

**Pressemitteilung zur Erklärung der EU-Außenminister
zum Nahen Osten vom 08.12.2009**

Die Erklärung der Außenminister des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009 zu einem Friedensprozess im Nahen Osten, der diesen Namen verdient, ist ein Meilenstein zu einer abgestimmten europäischen Nahostpolitik. Der Rat lässt keinen Zweifel daran, dass die israelische Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem, die „Trennungswauern“ tief in palästinensischen Territorien, die willkürliche Zerstörung palästinensischer Häuser sowie die Vertreibung ihrer Bewohner dem internationalen Recht widersprechen und dass diese Maßnahmen einer Zwei-Staaten-Regelung fundamental entgegenstehen.

Die Stadt Jerusalem muss nicht geteilt werden, wenn sie neben dem Staat Israel auch Hauptstadt des Staates Palästina ist. Am künftigen Status Jerusalems wird sich primär die Qualität der Beziehungen zwischen jüdischen Israelis und arabischen Palästinensern entscheiden. Die öffentlichen Vorbehalte von Außenminister Guido Westerwelle, die auf die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel rekurrieren, können nicht anders denn als letzter Versuch gedeutet werden, an der bekannten deutschen Bremserrolle festzuhalten. Denn die Übertragung jüdischer Holocaust-Erfahrungen auf die Politik Israels im Nahen Osten ist von Grund auf verfehlt. Ein solches Verständnis wird diplomatisch keinen Bestand haben.

Es ist zu begrüßen, dass die EU-Erklärung von den arabischen Regierungen mehr erwartet, als über die „Arabische Friedensinitiative“ hinaus auf internationale Interventionen zu setzen. Den rivalisierenden Kräften unter den Palästinensern muss klar sein, dass sie selbst die internationale Unterstützung ihrer nationalen Ansprüche untergraben, je länger sie einen tragfähigen Ausgleich ihrer politischen Interessen auf die lange Bank schieben. Dazu kann auch die Regierung in Kairo einen Beitrag leisten, indem sie die Grenze bei Rafiah zum Gazastreifen für Personen und Güter öffnet.

Jetzt kommt es darauf an, welche operativen Konsequenzen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten aus ihrer gemeinsamen Willensbildung ziehen. Dabei steht zu hoffen, dass sie sich nicht länger

dem Druck israelischer Regierungen mit ihrer längst gescheiterten Formel „Frieden durch Sicherheit“ beugen. Das israelische und das palästinensische Volk haben nur dann eine gemeinsame Zukunft in zwei souveränen Staaten, wenn sie sich auf den Weg „Sicherheit durch Frieden“ begeben. Die Aufwertung der politischen Beziehungen Europas zu Israel sollte mit substantiellen Fortschritten im Friedensprozess verknüpft werden.

Als jahrelanger Förderer der israelisch-palästinensischen „Genfer Initiative“ von 2003 bin ich davon überzeugt, dass dieses Dokument mit seinen detaillierten Vorschlägen bei den Endstatus-Verhandlungen eine herausragende Rolle spielen wird.

*Reiner Bernstein
München, 08.12.2009*